

# EU-Präsidentschaft Eines der neuen Länder übernimmt die Führung. Es könnte auf dem Balkan von der eigenen Geschichte eingeholt werden Am 1. Januar beginnt Sloweniens heikle Mission

*T Von Jochim Stoltenberg*

Ljubljana – Das Land ist klein, reicht aber von den Alpen bis zur Adria, ist weitgehend unbekannt, hat bescheidene zwei Millionen Einwohner und im Januar dieses Jahres den Euro eingeführt – Slowenien führte bislang eher ein Schattendasein innerhalb der EU. Das wird sich im neuen Jahr ändern. Am 1. Januar übernimmt das Land, aus dem die Lipizzaner stammen und das sich beeindruckender Tropfsteinhöhlen rühmt, in der Nachfolge Portugals für die nächsten sechs Monate die EUPräsidentschaft. Die Regierung in der Hauptstadt Ljubljana (Laibach) repräsentiert dann die EU mit ihren 493 Millionen Einwohnern nach außen, setzt eigene Schwerpunkte für ein Arbeitsprogramm und muss sich zugleich als Vermittler und Kompromissucher bei unterschiedlichen Interessenlagen der Mitgliedsstaaten bewähren. Diese Präsidentschaft ist eine Premiere in mehrfacher Hinsicht: Slowenien ist das erste Mitglied der großen Zehner-Erweiterungsrunde von 2004 und zugleich das erste einst kommunistische Land, das die EU-Führungsrolle übernimmt. Außerdem wird erstmals ein Staat aus dem zerschlagenen Jugoslawien Präsidialmacht. Eine Frage der Ehre  
Eine echte Herausforderung, die über Parteigrenzen hinweg von

allen Slowenen auch so verstanden wird. Für die meisten ist es sogar mehr: eine Frage der Ehre. Das Land will aus dem Schatten treten, die Chance nutzen, für sich zu werben, und vor allem zeigen, dass ein Neumitglied mit gerade mal vierjähriger EU-Erfahrung das Europa der 27 führen und inspirieren kann. Dafür sprangen die Slowenen sogar über einen breiten innenpolitischen Graben. Die überraschende Wahl des linken Lager nominierten, aber parteilosen Oppositionskandidaten Danilo Türk im Oktober zum neuen Staatspräsidenten hatte eine veritable Regierungskrise ausgelöst. Der bürgerliche Ministerpräsident Janez Jansa konnte diese allerdings geschickt durch das Stellen der Vertrauensfrage im Parlament beenden; zumindest für die kommenden sechs Monate. Keine Seite wollte nämlich den erhofften Erfolg der EU-Präsidentschaft durch einen vorgezogenen Wahlkampf gefährden. So bekam Jansa, was er wollte. Der Regierungschef ist nicht unumstritten. Seine Koalitionsregierung meint, der bislang weitgehend erfolgreiche Transformationsprozess von einem sozialistisch gelenkten zu einem demokratischen Land mit Marktwirtschaft samt Euro werde von den Medien nicht genügend gewürdigt. Jansa scheut sich deshalb nicht, Druck vor allem auf die Printmedien auszuüben. Viel spricht außerdem dafür, dass der Wirtschaftsboom seinen Höhepunkt überschritten hat. Und der Euro ist mittlerweile für viele Slowenen, die einst Lohnverzicht übten, um die Stabilitätskriterien für die Einführung der Europa-Währung zu schaffen, zum Teuro geworden. Die EU andererseits bemängelt, dass die Privatisierung der großen Unternehmen nicht vorankommt. Das allerdings hat einen Grund: Bei ihnen handelt es sich meist um keine reinen Staatsbetriebe. Nach dem alten jugoslawischen Modell der Arbeiterselbstverwaltung sind die Mitarbeiter an den Betrieben beteiligt. Im Falle von Privatisierungen

fürchten sie um ihre Anteile und sperren sich deshalb so lange wie möglich.

In den nächsten sechs Monaten allerdings soll kein Schatten auf das Land fallen. Slowenien will sich einig und vor allen europäischen Augen als Musterschüler präsentieren. „In der Außenpolitik muss ein Land einig sein. Nur dann können wir zeigen, dass auch ein kleines Mitgliedsland ein sehr ernst zu nehmender Partner ist“, sagte Staatspräsident Türk, seit dem 22. Dezember im Amt, während eines Gesprächs mit Mitgliedern des Berliner Presse-Clubs in Ljubljana.

Die Agenda Sloweniens für die nächsten sechs Monate hat es in sich. Da sind zunächst die Pflichtaufgaben.

Dazu gehört, die Bestätigung des EU-Verfassungsvertrages durch die nationalen Parlamente zu begleiten. Slowenien will dabei zu den ersten Staaten gehören.

Ebenfalls wichtig: die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

und dem Nachbarn Kroatien; schließlich Energiesicherheit und Klimaschutz. Die Kür dagegen verspricht Brisantes: Neben Kroatien sollen die anderen ehemaligen Staaten Jugoslawiens, also vor allem Serbien und Mazedonien, aber auch Bosnien-Herzegowina näher an die EU herangeführt werden. Diese Länder wüssten sehr wohl, was sie selbst dafür zu tun hätten, welche Reformen sie vorantreiben müssten, weiß man in Ljubljana. „Dabei wollen wir ihnen helfen und ihr Anwalt in der EU sein“, sagt ein hoher slowenischer Regierungsbeamter.

Brodelnder Balkan

Dahinter stecken zwei Absichten: eine sicherheitspolitische und eine wirtschaftspolitische. Der noch immer brodelnde Balkan komme nur zu Ruhe, werde zu einer Region der Stabilität, wenn ihm die EU eine faire Chance eröffne. Diese wolle Slowenien während seiner Präsidentschaft vergrößern. Und dafür den Rest von Zusammenhalt nutzen, den es auf dem Balkan trotz allem, was an Kriegen und Vertreibungen seit 1990 geschehen ist, noch immer gibt. Der

heimliche Ruf der Serben, Montenegriner oder Bosniaken Richtung

Slowenien „Ihr seid drin in der EU, holt uns nach ...“ sei latent.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen dagegen sind immer noch relativ eng. Also verspricht sich Slowenien von einer weiteren Annäherung der Nachbarstaaten an die EU dort bessere Marktchancen. Doch alle Erfahrung lehrt, dass sich eine EU-Präsidentschaft oft mit anderen Themen befassen muss als beabsichtigt. Ausgerechnet das Kosovo, wie Slowenien ein Teil Ex-Jugoslawiens, will sich nach den gescheiterten Verhandlungen über eine Unabhängigkeit von Serbien abspalten und zum selbstständigen Staat erklären.

Wie wird die EU darauf reagieren?

Wenn die Kosovaren in den nächsten sechs Monaten vollziehen, was sie angekündigt haben, müsste Ljubljana die in dieser Frage noch uneinigen Europäer zusammenführen.

Und das wäre dann besonders für Slowenien brisant, das die Beziehungen zu Serbien möglichst nicht verderben will. In Ljubljana fürchtet man deshalb, dass die Kosovo-Frage die EU-Präsidentschaft dominieren wird.

Slowenien tut sich in der Angelegenheit des Kosovo doppelt

schwer: Im Jahr 1991 hat es sich selbst eigenmächtig als erstes Land von Jugoslawien getrennt und um Anerkennung geworben. Belgrad antwortete damals mit Krieg. Der allerdings endete glücklicherweise schon nach zehn Tagen.

Aus dieser Zeit stammen die besonders guten Beziehungen zwischen Slowenien und Deutschland.

Die Bundesrepublik war damals der erste Staat, der die Unabhängigkeitsproklamation völkerrechtlich anerkannte. Übrigens sehr zum Ärger der EU-Partner.

Ein Dank der slowenischen Regierung ist noch heute sichtbar: Die Kanzlei der deutschen Botschaft in Ljubljana steht in bevorzugter Lage gegenüber dem slowenischen Außenministerium.

## ab hier Beisteller

### Alpen und Adria

Klein Slowenien ist eines der kleinsten Länder in Europa. Es ist flächenmäßig etwas größer als Rheinland-Pfalz und hat rund zwei Millionen Einwohner. Mehr als zehn Prozent davon leben in der Hauptstadt Ljubljana.

Fein Landschaftlich bietet das Land die schneebedeckten Berge der Alpen und die Adriaküste mit mediterranem Klima. Der höchste Berg des Landes, der Triglav (2864 m), ist nationales Symbol und auf dem Nationalwappen abgebildet.

Wirtschaft Der Tourismus ist eine der wichtigsten Branchen. Bedeutung haben auch die Metall-, Textil- und Holzindustrie. Slowenien ist das reichste Land unter den jüngsten EU-Beitrittsländern. Die Schwelle von 75 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der erweiterten EU hat das Land übersprungen. Mehr als zwei Drittel des Außenhandels werden mit der Europäischen Union und vor allem mit Deutschland abgewickelt. Das Wirtschaftswachstum lag zuletzt

konstant bei mehr als drei Prozent.

Die Inflationsrate konnte auf unter drei Prozent gesenkt werden.

Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa sechs Prozent.

Politik Slowenien erklärte sich am 25. Juni 1991 unabhängig. Der darauf folgende Einmarsch jugoslawischer Truppen konnte im

Zehn-Tage-Krieg abgewehrt werden.

1992 war Slowenien von allen Mitgliedern der EG anerkannt.

1998 begannen die Beitrittsverhandlungen zur EU; der Beitritt

selbst folgte 2004. Den Euro gibt es seit 2007. Vor wenigen Tagen fielen die Grenzkontrollen an den Grenzen zu Österreich, Ungarn und Italien weg. *BM*